

Pressemitteilung

Inklusion sichern – keine Kürzungen bei der Schulbegleitung

Die Vereinigung der Schulleitungen der Hamburger Stadtteilschulen warnt eindringlich vor den geplanten Kürzungen bei der Schulbegleitung. Die geplanten Maßnahmen stellen einen gravierenden Einschnitt in die inklusive Bildung dar und gefährden unmittelbar das Recht von Kindern auf gleichberechtigte Teilhabe am Unterricht.

Das Wohl des Kindes muss Maßstab politischen Handelns bleiben.

Schulbegleitung ist keine freiwillige Zusatzleistung und kein Luxus. Sie ist Voraussetzung dafür, dass Kinder mit Behinderungen oder besonderem Unterstützungsbedarf ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können. Dieses Recht ist durch die UN-Behindertenrechtskonvention, das Grundgesetz und das Hamburgische Schulgesetz eindeutig gesichert. Die geplanten Kürzungen stellen dieses Recht infrage. Unterstützung darf sich nicht an Sparzielen orientieren, sondern ausschließlich am Bedarf des einzelnen Kindes. Gerade Schülerinnen und Schüler mit Autismus, erheblichen emotional-sozialen Herausforderungen oder komplexem Unterstützungsbedarf sind auf verlässliche Begleitung angewiesen.

Der Anstieg der Schulbegleitungen ist kein Zeichen von Fehlentwicklung – im Gegenteil: Er ist Folge einer politisch gewollten inklusiven Schule, besserer Diagnostik und gestärkter Teilhaberechte, während die strukturellen Ressourcen der Schulen nicht im gleichen Maß mitgewachsen sind. Schulbegleitung gleicht diese Lücken aus – sie schafft den Bedarf nicht, sondern reagiert darauf.

Hamburg hat sich auf den inklusiven Weg gemacht – und darf jetzt nicht zurückfallen.

Mit der Einführung der Stadtteilschulen, dem freien Elternwahlrecht und gezielten zusätzlichen Ausstattungen hat die Stadt einen bildungspolitischen Aufbruch gestaltet: Kinder, die zuvor benachteiligt waren, sollten in die Mitte der Gesellschaft geholt werden. Dieses Konzept zielt auf eine inklusive Stadtgesellschaft – getragen von der Überzeugung, dass Bildung verbindet und die Potenziale aller Kinder entfaltet.

Dieser Hamburger Weg ist bundesweit nahezu einzigartig und gerade in gesellschaftlich angespannten Zeiten ein wichtiges Signal für Zusammenhalt und Chancengerechtigkeit. Wer ihn ernst meint, muss ihn konsequent weitergehen. Hier zu kürzen bedeutet, hinter erreichte Fortschritte zurückzufallen.

Wer hier kürzt, löst kein Problem – er verlagert es in die Schulen.

Die Aufgaben bleiben bestehen und werden zusätzlich auf Lehrkräfte, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Schulsozialarbeit und Schulleitungen übertragen – Berufsgruppen, die vielerorts bereits an ihrer Belastungsgrenze arbeiten. Ohne zusätzliche Ressourcen geht dies zulasten von Förderung und Unterrichtsqualität. Zugleich tragen die Schülerinnen und Schüler in den Stadtteilschulen diese Situation unmittelbar mit – gerade diejenigen, die ohnehin einen großen Teil der gesellschaftlichen Integrationsleistung erbringen. Die Folgen sind absehbar: mehr

Überforderung, steigender Druck auf Familien, mehr Schulwechsel in spezielle Einrichtungen sowie Einschränkungen des Schulbetriebs bis hin zu verkürzten Stundenplänen.

Zugleich widersprechen die geplanten Änderungen dem ursprünglichen Hamburger Inklusionskonzept. Dieses setzt auf multiprofessionelle Teams – nicht auf die Verlagerung individueller Bedarfe auf vorhandenes Personal ohne entsprechende Ausstattung. Besonders kritisch ist, dass fachliche Einschätzungen von Schulen und ReBBZ offenbar pauschal gekürzt werden. Das entwertet Expertise vor Ort und schwächt das Vertrauen in die Verfahren.

Inklusion ist kein Sparmodell – sie ist Rechtsanspruch und Gesellschaftsmodell.

Hamburg steht vor finanziellen Herausforderungen. Doch ausgerechnet bei denjenigen zu kürzen, die Unterstützung am dringendsten benötigen, ist politisch falsch. Eine sozialdemokratisch geführte Bildungsbehörde muss sich daran messen lassen, ob sie Teilhabe und Chancengerechtigkeit tatsächlich sicherstellt. Wer heute an Teilhabe spart, riskiert langfristig höhere gesellschaftliche Kosten. Inklusion gelingt nicht durch Abbau, sondern nur durch verlässliche Sicherstellung von Unterstützung.

Die Vereinigung der Schulleitungen fordert daher:

- **keine pauschalen Kürzungen** bei Schulbegleitungen
- **Rücknahme des Maßnahmenkatalogs und aller damit verbundenen Kürzungen und Neubewertung** aller bisher erfolgten Entscheidungen für das nächste Schuljahr
- konsequente Orientierung aller Entscheidungen am **individuellen Bedarf** der Kinder und an den Erfordernissen eines gelingenden **gemeinsamen Lernens in inklusiven Lerngruppen**
- die **Stärkung multiprofessioneller Teams** statt deren Überlastung
- Stärkung der **qualifizierten Schulbegleitung**
- transparente und fachlich **nachvollziehbare Verfahren**

Die Vereinigung der Schulleitungen der Hamburger Stadtteilschulen solidarisiert sich mit dem Protest gegen die geplanten Kürzungen und ruft zur Teilnahme an der Demonstration auf:

- 1. Juli 2026, 16:00 Uhr
- Jungfernstieg, Hamburg

Unter dem Motto „*Hände weg von der Schulbegleitung – Bildung ist kein Sparposten!*“ setzen sich dort Betroffene, Familien und Fachkräfte gemeinsam für den Erhalt inklusiver Bildung ein.

Inklusion ist nicht verhandelbar.

Kontakt für die Vereinigung der Schulleitungen der Hamburger Stadtteilschulen:

Thimo Witting: thimo.witting@gmail.com Dirk Voss: dirk.voss@hotmail.de